

Zielorientierte Politik statt schwarz-blau-orangem Schleiertanz

Geringes Wachstum, weniger Konsum, höhere Budgetbelastung, Rekordarbeitslosigkeit: Die Maßnahmen, um aus diesem Teufelskreis auszubrechen.

Die Wirtschaft in Europa dümpelt dahin. Für die EU-25 beträgt die Wachstumsprognose für 2005 zwei Prozent, für die Euro-Zone 1,6 Prozent, für die USA hingegen 4,1 Prozent, für China acht Prozent und für Indien 6,8 Prozent.

Innerhalb der EU wurde Deutschland mit einem Wachstum von nur noch 0,8 Prozent statt der bisher erwarteten 1,5 Prozent zum Schlusslicht. Österreich rangiert in der Liste der zwölf Euro-Länder mit einer prognostizierten Wachstumsrate von 2,1 Prozent an 8. Stelle. Spitzenreiter sind Island mit 4,9 Prozent, Luxemburg mit 3,8 Prozent und Finnland mit 3,3 Prozent.

Die Folgen von gebremstem Wachstum sind eine hohe Budgetbelastung, weniger Konsum, ein geringeres steuerliches Aufkommen und damit immer weniger Mittel zur Finanzierung staatlicher Aufgaben, eine steigende Arbeitslosigkeit. In Deutschland erreicht die Zahl der Arbeitslosen inzwischen den traurigen Nachkriegsrekord von 5,2 Millionen Menschen. Auch in Österreich verzeichnen wir eine Rekordarbeitslosigkeit.

Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, bedarf es einer zielorientierten, pragmatischen Konjunktur- und Strukturpolitik ohne ideologische Scheuklappen, einen sowohl angebots- als auch nachfrageorientierten Policy-Mix.

Die Lockerung des Stabilitätspaktes erhöht den konjunkturellen Spielraum. Die Zielsetzung für stabile Staatsfinanzen bleibt wichtig. Es hat sich aber herausgestellt, dass die Grundlagen für Wachstum unterhöhlt werden, wenn staatliche Programme für wichtige Investitionen in die Zukunft unterbleiben, um statt dessen rigide Defizitgrenzen einzuhalten.

Durch die einseitige Ausrichtung der EZB auf die Bekämpfung der Inflation unterblieben ebenfalls wichtige Anreize zur Stimulierung der europäischen Wirtschaft, die nicht nur durch den hohen Ölpreis und die ungünstige Wechselkursrelation zwischen dem Euro und dem amerikanischen Dollar zunehmend unter Druck gerät.

Zur Gegensteuerung brauchen wir eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik. Die Lissabon-Strategie ist zu evaluieren. Die Einrichtung des europäischen Forschungsrates und die Absicht, die europäische Forschung zwischen 2007 und 2013 mit 73,3 Milliarden Euro Fördergeldern zu forcieren, weist in die richtige Richtung. Auch die ein-

zelnen Länder müssen ihren Handlungsspielraum besser nutzen und ihre Hausaufgaben erledigen.

Tatsache ist, dass Europa allein über die Umlegung seiner Sparquote in Investitionen und dem damit verbundenen Nachfrageanreiz über ein Wachstumspotenzial von drei Prozent verfügt. Zur Verdeutlichung: Die Sparquote beträgt in Europa zehn, in den USA null Prozent.

Ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Leistungsstärke eines Landes sind seine Ausgaben für F & E. Diese Quote beträgt in den USA fast drei Prozent, in den EU-15, wie auch in Österreich, aber nur rund zwei, in Schweden und in Finnland allerdings um die vier Prozent.

Diese zwei Länder sind nicht nur wachstumsstark, sondern verfügen auch über ein inzwischen wieder als vorbildlich angesehenes Sozialwesen. Dieses ist, wie alle anderen staatlichen Bereiche auch, einer gründlichen Reform und zukunftsorientierten Modernisierung unterzogen worden.

Dies würde in Österreich verabsäumt. Unser Land fällt nicht nur in seiner wirtschaftlichen Bilanz immer weiter ab. Die Ergebnisse der Pisa-Studie sind beschämend. Wichtige Infrastrukturprojekte unterbleiben. Die Universitäten werden finanziell ausgehungert. Allein das Budget der ETH Zürich ist um das Fünffache höher als das der TU Wien. Wir nutzen unsere Chancen nicht oder zu wenig.

Was wir dringend brauchen, ist kein abstruser schwarz-blau-oranger Schleiertanz, sondern Initiative, Innovationen und Investitionen als Voraussetzungen für Modernisierung und einen dringlich notwendigen wirtschaftlichen Wachstumsschub.

„Um die Rekordarbeitslosigkeit zu beseitigen, brauchen wir einen Policy-Mix ohne ideologische Scheuklappen.“

Hannes Androsch
Unternehmer,
Exfinanzminister